

*Thomas Kunze/Lina Gronau**

Von der Tulpenrevolution zur Drei-Tage-Revolution: Das postsowjetische Kirgisistan kommt nicht zur Ruhe

Kirgisistan ist ein kleines, zentralasiatisches Gebirgsland mit circa 5,3 Millionen Einwohnern. Bis 1991 war es Sozialistische Sowjetrepublik (SSR), am 31. August 1991 erklärte das kirgisische Parlament die Unabhängigkeit Kirgisistans. Erster Präsident nach Erlangung der Unabhängigkeit wurde Askar Akajew, der erst 1990 Präsident der Kirgisischen SSR geworden war. Akajew wollte das Land rasch reformieren und begann unverzüglich mit der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft. Außerdem leitete er die Demokratisierung des politischen Systems ein. 1993 verabschiedete das kirgisische Parlament eine neue Verfassung, die relativ demokratisch war. Kirgisistan galt international lange Zeit als demokratisches Vorzeigeland der zentralasiatischen Region.

Nach Akajews Wiederwahl im Jahr 1995 begann sich sein Regierungsstil jedoch zu wandeln. Vor allem mit Hilfe von Volksabstimmungen über Änderungen der Verfassung schaffte er es, im Laufe der Jahre seine eigenen Machtbefugnisse in allen Politikbereichen zu erweitern und die Rechte des Parlaments immer weiter einzuschränken. Er entwickelte sich zu einem autoritären Herrscher. Korruption und Vetternwirtschaft breiteten sich aus. Seine Werkzeuge waren unter anderem Wahlfälschungen und das geschickte Einspannen lokaler politischer Eliten für seine Zwecke.

Parallel dazu verschlechterte sich in den 90er Jahren die Wirtschaftslage Kirgisistans zusehends. Dies lag unter anderem an der Ausbeutung einzelner Wirtschaftszweige durch Akajew und seine Günstlinge. Außerdem zeigte sich, dass der übergangslose Schritt von der sozialistischen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Menschen völlig unvorbereitet getroffen und im Endeffekt ihre Lage verschlechtert hatte. Man musste sich plötzlich vollständig selbst versorgen, die staatlichen Hilfen und Absicherungssysteme, die es in der Sowjetunion gegeben hatte, fielen weg. Von 1991 bis 2000 fiel das BIP pro Kopf von 421 auf 279 US-Dollar.¹ Die Zufriedenheit mit der Regierung Akajew sank ebenso stetig.

* Bei den im vorliegenden Beitrag geäußerten Ansichten handelt es sich ausschließlich um die persönliche Meinung der Autoren.

1 Vgl. The World Bank Group, World Development Indicators & Global Development Finance, unter: <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do>.

Vorgeschichte und Verlauf der Tulpenrevolution

Die Vorgeschichte der Revolution reicht bis in den Herbst 2001 zurück und wirft gleichsam ein Schlaglicht auf die geostrategische Situation des Landes, das wichtige Militärstützpunkte der USA und Russlands beherbergt. Da jedoch weder Russland noch die USA langfristig als vertrauensvolle Partner angesehen wurden, wandte sich Kirgisistan seinem östlichen Nachbarn China zu. Im Zuge der Bemühungen, China als potenzielle Schutzmacht zu gewinnen, schlossen Bischkek und Peking im August 1999 eine Regierungsvereinbarung ab, die Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Ländern beseitigte. Im Mai 2002 ratifizierte das kirgisische Parlament trotz energischer Proteste der Opposition das entsprechende Gesetz. Akajew hatte sich vehement für das Gesetz eingesetzt, in einer innenpolitischen Situation, die aus verschiedenen Gründen sehr angespannt war. Vor allem in Südkirgisistan gäerte es. Der Süden des Landes und dessen Grenze zu Usbekistan gelten als permanenter Unruheherd. Dort lebt die Hälfte der kirgisischen Bevölkerung, etwa 14 Prozent davon sind ethnische Usbeken. Industrie gibt es hier kaum. Die meisten Fabriken sind genauso zusammengebrochen wie die alte Sowjetmacht. Die Armut und die Ausweglosigkeit der Bevölkerung sind erschreckend. Nachdem Usbekistan durch die Einführung einer Visumpflicht für Kirgisen den Grenzübertritt erschwert hatte, ging schließlich noch die letzte Einnahmequelle vieler Südkirgisen – der Handel im Nachbarland – verloren. Die destabilisierenden Faktoren hatten sich zu einem kritischen Volumen angestaut.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzend, nahm Asimbek Beknasarow, aus Südkirgisistan stammender Abgeordneter des kirgisischen Parlaments, den Vertrag zur Grenzvereinbarung mit China zum Anlass, gegen Präsident Akajew ein Amtsenthebungsverfahren zu initiieren. Die Zustimmung, die Beknasarow erntete, war gewaltig. Im Januar 2002 wurde er unter einem Vorwand verhaftet. Das löste eine Protestwelle aus, mit der die Regierung nicht gerechnet hatte und die deutlich machte, dass sie den sozialen und politischen Unmut in der Bevölkerung unterschätzt hatte. In Bischkek fanden Demonstrationen vor dem Parlament, dem Regierungsgebäude und dem OSZE-Zentrum statt.

Akajews Regime reagierte mit Repressionen. Als Mitte März im Kreis Aksy in der Provinz Dschalal-Abad schließlich der Gerichtsprozess gegen Beknasarow stattfinden sollte, versammelten sich mehrere Tausend seiner Anhänger zu Demonstrationen. In Auseinandersetzungen mit Spezialeinheiten des Innenministeriums wurden fünf Demonstranten erschossen und viele weitere zum Teil schwer verletzt. Die Protestaktionen traten damit in eine neue Phase. Die Solidaritätskundgebungen für Beknasarow mündeten rasch in teilweise gewaltsame Fundamentalproteste. Der Rücktritt von Staatspräsident Akajew und die Durchführung von Reformen zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards gehörten zu den zentralen Forderungen der Demonstranten.

Akajew ahnte, dass er durch die Fortsetzung der Kämpfe mit den Demonstranten nur verlieren würde und setzte auf Deeskalation. Beknasarow wurde freigelassen. Doch der Tod von fünf Demonstranten in Aksy drohte seine Herrschaft ernsthaft zu gefährden. Der Präsident versuchte zu retten, was zu retten war. Schließlich entließ er im April 2002 die Regierung von Premierminister Kurmanbek Bakijew und stellte in Aussicht, auch Mitglieder der Opposition in ein neues Kabinett zu berufen.

Wider Erwarten berief Akajew jedoch keine Oppositionspolitiker als Minister. Da außerdem die für die blutigen Ereignisse in Aksy Verantwortlichen noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, gingen die Proteste im Land weiter. Akajew sah sich zu neuen Versprechungen gezwungen und bekundete im August 2002 seine Bereitschaft zu einer Reform der Verfassung und zur Einberufung einer Verfassungskonferenz. Die Forderungen der Opposition waren eindeutig: Kirgisistan sollte eine parlamentarische Regierungsform erhalten, in der die Regierung dem Parlament gegenüber stärker rechenschaftspflichtig ist.

Am 12. Januar 2003 lag der neue Verfassungsentwurf vor. Doch Akajew hatte – wieder einmal – nicht fair gespielt: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fanden sich keine Vorschläge der Opposition in dem Entwurf wieder. Mehr noch, einige durchaus demokratische Entwicklungen der letzten zwölf Jahre wurden zurückgenommen. Anscheinend empfand Akajew seine Macht inzwischen als genügend konsolidiert, um nicht weiter auf die Forderungen der Opposition eingehen zu müssen. Das Regime übte mittels staatlicher Propaganda starken Druck auf die Bevölkerung aus, sodass die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Kirgisische Verfassungsexperten bezeichneten das Land seitdem offiziell als eine „präsidial-parlamentarische Republik“.

Die Stimmung besserte sich, wie zu erwarten, nicht, da sich die Lage der Menschen im Lande nicht besserte. Immer mehr einflussreiche Politiker wechselten in die Opposition, die dadurch zusehends mächtiger wurde. Nach einer mehr als offensichtlich gefälschten Parlamentswahl Anfang 2005 kam es zu Aufständen. Die Unruhen begannen im Süden des Landes, immer größere und immer gewaltsamere Demonstrationen fanden statt, staatliche Gebäude wurden gestürmt, Sicherheitskräfte angegriffen. Mehrere Dutzend Menschen wurden getötet. Als schließlich der Präsidentenpalast in Bischkek von Demonstranten besetzt wurde, sah sich Akajew gezwungen zu fliehen. Er setzte sich zunächst nach Kasachstan ab und reiste dann weiter nach Moskau, wo er im April 2005 seinen Rücktritt bekannt gab.

Die Amtszeit Kurmanbek Bakijews

Neuer Präsident wurde Akajews ehemaliger Premierminister Kurmanbek Bakijew. Er war eine zentrale Person der Protestbewegung gegen Akajew

und wurde mit 90 Prozent aller Stimmen gewählt. Die Bürger Kirgisistans hofften nun auf einen Neuanfang und endlich auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Letzteres stellte sich nicht ein. Zwar gab es einige Veränderungen im System, diese betrafen jedoch eher die politische und wohlhabende Klasse, nicht aber die Bevölkerung. Die Unzufriedenheit kehrte schnell zurück, ebenso die Proteste und Demonstrationen. Misswirtschaft und Korruption unter Bakijew waren sogar weiter verbreitet als in Akajews Günstlingswirtschaft, sein Regime war noch autoritärer. Auch er nutzte Verfassungsänderungen, um seine persönliche Macht zu stärken und das Parlament zu schwächen.

Er konnte sich knapp fünf Jahre an der Macht halten, bevor das kirgisische Volk auch von ihm genug hatte. Bakijews Sturz erfolgte innerhalb von nur drei Tagen. Mit der Verhaftung von Vertretern der parlamentarischen Opposition, der Einsetzung von Familienmitgliedern in höchste öffentliche Ämter und der Erhöhung der Energiepreise hatte er die Schraube überdreht. Das Land war nach wie vor arm, die meisten Menschen hatten nicht viel zu verlieren. Die Wut der Kirgisen entlud sich auf den Straßen und Plätzen des Landes.

Der Umsturz begann am 6. April 2010 mit einem Aufstand in der Provinzstadt Talas, am 7. April folgten blutige Zusammenstöße zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften in weiteren Provinzstädten, darunter Naryn und Issyk-Kul, sowie in der Hauptstadt Bischkek. Sie forderten 68 Tote und über 600 Verletzte. Der Innenminister wurde zusammengeschlagen, der Vizepremier verlor ein Auge. Plünderungen griffen um sich, Gebäude und Autos gingen in Flammen auf. Präsident Bakijew flüchtete per Hubschrauber in den Süden des Landes. Am 8. April 2010 befanden sich die wichtigsten Einrichtungen und Behörden sowie das Fernsehzentrum bereits in der Hand der Oppositionellen. Die Mehrheit der Armee- und Polizeiangehörigen wechselte die Seiten. Angeführt von der ehemaligen Außenministerin Rosa Otunbajewa (Sozialdemokratische Partei), die 2005 – damals noch gemeinsam mit Bakijew – bereits am Sturz Akajews beteiligt war, übernahm die parlamentarische Opposition die im Wortsinne auf der Straße liegende Macht.

Bakijew flüchtete zunächst nach Kasachstan und schließlich nach Minsk. Zwar erklärte er am 15. April offiziell seinen Rücktritt, nahm ihn kurz darauf jedoch wieder zurück und bekräftigte mehrfach, dass er der rechtmäßige Präsident Kirgisistans und die Übergangsregierung illegal sei.

Die Übergangsregierung

Am 8. April 2010 bildete die kirgisische Opposition eine „Provisorische Regierung des Volksvertrauens“, die nach eigenen Angaben zunächst sechs Monate im Amt bleiben wollte. Via Fernsehübertragung warb die provisorische Regierung beim Volk um Unterstützung. Sie besteht zum größten Teil

aus ehemaligen Spitzenpolitikern, die einst zur Anti-Akajew-Front um Bakijew zählten, sich dann jedoch von dem zunehmend autoritär regierenden neuen Präsidenten abwandten und von diesem teilweise verfolgt wurden. Die Übergangsregierung wird von Rosa Otunbajewa geleitet. Ihre Stellvertreter sind Temir Sarijew (Finanzminister), Omurbek Tekebajew (zuständig für Verfassungsreformen), Almasbek Atambajew (Wirtschaft) und Asimbek Beknasarow (Justiz). Bolot Schernijasow wurde zum Innenminister der Übergangsregierung ernannt.

Russland erkannte ebenso wie die meisten westlichen Länder die neue Regierung relativ schnell an, zumindest informell. Kurz nach dem Machtwechsel boten viele Länder Hilfe zur Stabilisierung des Landes an. Als Führerin der von Bakijew unterdrückten Opposition hatte Rosa Otunbajewa bereits früher die antirussischen Vorstöße der kirgisischen Regierung kritisiert und Russland als „unseren strategischen Partner und Verbündeten“ bezeichnet. Die USA nahmen trotz der Unruhen ihre Versorgungsflüge für die Truppen in Afghanistan zügig wieder auf, für die Kirgisistan als Mitglied der Anti-Terror-Allianz den Flughafen Manas zur Verfügung stellt.

Kasachstan und insbesondere Usbekistan reagierten besorgt auf die Unruhen und schlossen für einige Wochen alle Grenzübergänge nach Kirgisistan. Zwar geht es der breiten Bevölkerung in beiden Ländern deutlich besser als den Menschen in Kirgisistan, dennoch ist auch hier eine latente Unzufriedenheit vorhanden. Die Regierungen der Nachbarstaaten befürchteten ein Überschwappen der Aufstände in ihre Länder, was Beobachter aber derzeit als unwahrscheinlich einschätzen.

Nach der Bildung der Übergangsregierung beruhigte sich die Lage in Kirgisistan etwas. Von Stabilität konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt die Rede sein, immer wieder kam es zu kleineren Protesten und Zwischenfällen. Die Regierung beeilte sich, einen Entwurf für eine neue Verfassung vorzulegen, mit der wieder demokratische Strukturen in Kirgisistan etabliert, die neue Regierung legitimiert und die Unruhen beendet werden sollten. Am 20. Mai wurde der endgültige Verfassungsentwurf veröffentlicht,² der 27. Juni wurde als Datum für das Referendum über den Entwurf festgelegt. Die neue Verfassung würde die Anzahl der Sitze im Parlament von 90 auf 120 erhöhen. Der neue Präsident dürfte maximal eine sechsjährige Amtszeit absolvieren, Religion und Staat sollten vollständig getrennt werden. Für das Parlament wurde eine Fünfprozenthürde festgeschrieben. Prinzipiell wurde der Entwurf von Beobachtern erfreut zur Kenntnis genommen. Allerdings wurde der Artikel „zur Übergangszeit“ scharf kritisiert. Er war sehr kurzfristig hinzugefügt worden und legte fest, dass die Übergangsregierung bis zum 31. Dezember 2011 im Amt bleiben sollte. Übergangspräsidentin sollte Rosa Otunbajewa

2 Ein erster Entwurf war bereits im Vorfeld veröffentlicht und Politikern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Diskussion vorgelegt worden. Ziel war es, gute Vorschläge eventuell in den endgültigen Entwurf einzubeziehen, was offenbar auch in einigen Fällen geschah.

sein, die nächsten Präsidentschaftswahlen würden erst im Herbst 2011 stattfinden.

Wegen der zeitweisen Grenzschießungen durch einige Nachbarstaaten Kirgisistans war der Warenverkehr stark eingeschränkt, was der Industrie und der Landwirtschaft Kirgisistans nachhaltigen Schaden zufügte und die Lage der Menschen weiter verschlechterte. Die Situation blieb angespannt, die Wut der Bevölkerung schien jedoch zunächst abgeflaut, das Verfassungsreferendum wurde offenbar als nächster Schritt des Reformprozesses akzeptiert. Allerdings gab es immer wieder Aktionen von Bakijew-Anhängern, die Unruhe verbreiteten. So wurden beispielsweise Anfang Mai im Süden des Landes Flyer und CDs verbreitet, in denen eine Teilung Kirgisistans in einen Nord- und einen Südstaat propagiert und die Übergangsregierung für die Opfer der Unruhen, die schließlich zum Sturz Bakijews geführt hatten, verantwortlich gemacht wurde. Ferner gab es Kundgebungen und teilweise auch gewaltsame Proteste, bei denen die Rückkehr Bakijews gefordert wurde.

Ethnische Unruhen im Süden

Am 11. Juni kam es plötzlich zu Unruhen in Kirgisistans zweitgrößter Stadt, Osch, die rasch in Pogrome gegen die usbekische Minderheit und später auch gegen andere Ausländer mündeten. Insgesamt sind etwa 14 Prozent der Bevölkerung Kirgisistans ethnische Usbeken, in der Region Osch machen sie nahezu 50 Prozent aus. Wie in so kurzer Zeit solch heftige Unruhen ausbrechen konnten, bleibt nach wie vor unbegreiflich. Fest steht wohl, dass die Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken von langer Hand geplant waren und gezielt ausgelöst wurden. Eine gründliche Untersuchung des genauen Hergangs steht noch aus. Die meisten Berichte sprechen von anonymen Heckenschützen, die an mehreren Orten in Osch gleichzeitig auf Kirgisen und Usbeken geschossen haben sollen und so verschiedene Jugendgangs gegeneinander aufstachelten. Nicht unwahrscheinlich ist, dass der gestürzte Präsident Bakijew beziehungsweise Angehörige seines Clans die Fäden im Hintergrund zogen. Innerhalb von nur einer Nacht entwickelte sich die Situation zu bürgerkriegsartigen Zuständen. Kirgisen machten gezielt Jagd auf ethnische Usbeken. Viertel, in denen viele Usbeken wohnten, wurden in Brand gesteckt und verwüstet, vor den Flammen fliehende Menschen erschossen. Schnell waren es nicht mehr nur Jugendliche, die aufeinander losgingen. Auch Frauen und Kinder wurden angegriffen und getötet.

Die Gewalt breitete sich rasch aus und schwappte auch in die ebenfalls in Südkirgisistan gelegene Stadt Dschalal-Abad über. Die Polizei hatte keine Chance, der Situation Herr zu werden. Auch eine Teilmobilisierung der Armee brachte kaum Erfolg. Zudem gab es unter den Sicherheitskräften immer noch viele Bakijew-Treue, die den Befehlen der neuen Regierung nicht gehorchten und sich teilweise sogar auf die Seite der kirgisischen Banden stell-

ten. Viele usbekische Augenzeugen berichteten von Übergriffen durch Sicherheitskräfte. Über Osch und Dschalal-Abad wurde der Ausnahmezustand verhängt, Polizei und Armee erhielten die Erlaubnis, ohne Vorwarnung auf Randalierer zu schießen.

Viele Usbeken, hauptsächlich Frauen und Kinder, versuchten nach Usbekistan zu fliehen. Insgesamt sind durch die Konflikte bis zu 400.000 Menschen in die Flucht getrieben worden. Etwa 100.000 von ihnen konnten schließlich in den usbekischen Teil des Fergana-Tals gelangen, wo sie bei Verwandten unterkamen oder in öffentlichen Gebäuden und Zeltstädten untergebracht wurden. Die usbekische Regierung, Hilfsorganisationen und die örtliche Bevölkerung kümmerten sich gut und effektiv um die Flüchtlinge. Besonders in der Bevölkerung war die Solidarität mit den Flüchtlingen groß, obwohl die Menschen selbst sehr arm sind.

Als sich auch nach Tagen keine Besserung der Lage in Kirgisistan abzeichnete, begannen einige Länder, ihre Staatsangehörigen zu evakuieren. Pakistan flog seine Bürger aus, die Deutsche Botschaft Bischkek, die die einzige europäische Vertretung im Land ist, evakuierte zusammen mit der amerikanischen Botschaft knapp 90 Europäer und Amerikaner aus der Krisenregion nach Bischkek. Russland begann seine militärische Präsenz auf seinem Stützpunkt nahe der Hauptstadt zu verstärken, um eingreifen zu können, falls sich die Gewalt auch gegen die russische Minderheit richten sollte.

Bereits einen Tag nach Ausbruch der Unruhen hatte die Regierung Otunbajewa Russland um militärische Hilfe gebeten. Russland lehnte jedoch mit der Begründung, es handele sich um eine innere Angelegenheit Kirgisistans, ab. Man sei nicht befugt, militärisch einzugreifen. Falls Friedenstruppen entsandt werden sollten, müssten dies multinationale Truppen sein, beispielsweise unter einem Mandat der Vereinten Nationen. Als sich am 15. Juni die Lage in Osch ein wenig zu beruhigen schien und sich wieder Menschen aus ihren verbarrikadierten Häusern wagten, zog die Regierung ihr Hilfesuch zurück. Man habe es aus eigener Kraft geschafft, die Situation unter Kontrolle zu bringen und benötige keine militärische Unterstützung, wohl aber Hilfslieferungen. Beobachter reagierten darauf mit Unverständnis. Zwar hatte sich die Lage in Osch tatsächlich beruhigt, allerdings nur im Stadtzentrum. Auch ist fraglich, ob diese Entwicklung ein Erfolg der kirgisischen Sicherheitskräfte war. Außerdem hatten die letzten Tage gezeigt, dass Polizei und Militär den Unruhen wenig entgegenzusetzen hatten, es könnte also jederzeit wieder Gewalt aufflammen. Darüber hinaus kam in Kirgisistan Kritik auf, die Regierung würde das wahre Ausmaß der Katastrophe verschweigen und den Ernst der Lage herunterspielen. Tatsächlich hielt die Regierung sehr lange daran fest, dass rund 200 Menschen getötet worden seien. Erst später räumte sie ein, dass es bis zu zehnmal so viele Todesopfer gegeben haben könnte. Korrespondenten und Beobachter vor Ort berichteten, dass ethnische Usbeken auch Tage nach dem Ende der Unruhen immer noch in ihren Häusern blieben und sich nicht auf die Straße wagten. Einige, die es doch taten, sollen von

kirgisischen Soldaten an den Kontrollpunkten, die überall in Osch und Dschalal-Abad errichtet worden waren, misshandelt worden sein.

Noch während der Auseinandersetzungen kamen aus Bischkek und aus dem Ausland Hilfslieferungen mit Lebensmitteln und Medikamenten in Osch an. Es war jedoch kaum möglich, die Güter überhaupt zu verteilen, geschweige denn an alle Bedürftigen. Die Viertel, in denen man die meisten Menschen vermutete, waren verbarrikadiert, Helfer wurden angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Auch Ärzte und Sanitäter konnten ihrer Arbeit kaum nachgehen und wurden immer wieder attackiert, Feuerwehrmänner sollen am Löschen von Bränden gehindert worden sein.

Auf der usbekischen Seite der Grenze funktionierte die Versorgung recht gut, allerdings beklagte Usbekistan, dass der größte Teil der internationalen Hilfslieferungen nach Kirgisistan geschickt würde und nur wenige nach Usbekistan gelangten, obwohl sich dort mindestens ein Viertel aller Hilfsbedürftigen aufhalte. Dennoch entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit zwischen usbekischen Behörden, den Vereinten Nationen, dem Internationalen Roten Kreuz und russischen Behörden. Die anderen Nachbarländer der Region hielten sich hingegen bedeckt und beteiligten sich kaum an den Hilfsaktionen.

In den fünf Tage dauernden Unruhen wurden nach jüngsten Schätzungen der kirgisischen Regierung bis zu 2.000 Menschen getötet und mehrere Tausend verletzt. Die Regierung hatte zunächst nur die Toten in den öffentlichen Leichenhallen und Krankenhäusern gezählt. Da die Opfer jedoch Muslime waren, mussten sie bis zum Sonnenuntergang bzw. spätestens innerhalb von 24 Stunden beerdigt werden. Viele Angehörige hatten daher ihre Toten auf eigene Faust, teilweise auch in anonymen Massengräbern, beigesetzt. Zudem hatten viele Usbeken Angst, ihre Verletzten oder Toten in offizielle Einrichtungen zu bringen. Sie trauten sich ohnehin kaum auf die Straße; zusätzlich gingen Gerüchte um, kirgisische Ärzte würden usbekische Patienten absichtlich schlecht oder gar nicht behandeln. Die genaue Zahl der Todesopfer wird man vermutlich nie feststellen können.

Die Hintergründe

Die Region Osch befindet sich im Fergana-Tal, einer fruchtbaren Hochebene, auf der die Staatsgebiete von Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan zusammentreffen. Die Grenzföhrung dort ist kompliziert und teilweise umstritten, es gibt viele Enklaven und in jedem der Länder leben große Minderheiten der jeweils anderen beiden Nationen. Diese komplexe Konstellation ist im Wesentlichen auf die Politik Stalins zurückzuföhren, der das zentralasiatische Gebiet, das zuvor von Stammesstrukturen geprägt war, relativ willkürlich und ohne Rücksicht auf bestehende territoriale Gliederungen in fünf „Sozialistische Sowjetrepubliken“ aufteilte. Das föhrte im kirgisisch-usbekischen Grenzgebiet dazu, dass Usbeken, traditionell Bauern, und Kirgisen, tra-

ditionell Nomaden, plötzlich in Städten zusammenleben mussten. Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass die Usbeken durch ihre traditionelle Sesshaftigkeit geschäftstüchtiger waren und dadurch durchschnittlich wohlhabender wurden als die ethnischen Kirgisen. Bereits 1990, noch zur Sowjetzeit, kam es in Osch zu Pogromen gegen die usbekische Minderheit. Beim sogenannten Osch-Massaker, das durch Streitigkeiten bei der Landverteilung ausgelöst wurde, kamen 300 Menschen ums Leben, mehr als 1.000 wurden verletzt. Die Ausschreitungen konnten erst durch sowjetische Truppen beendet werden, die der damalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow entsandte. Als die Sowjetunion Anfang der 90er Jahre schließlich zerbrach und die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan unabhängig wurden, sahen sie sich plötzlich gezwungen, sich auf die Suche nach einer neuen Identität zu begeben. Das führte unter anderem dazu, dass in allen fünf Ländern ein mehr oder weniger starker Patriotismus entstand, der von den jeweiligen Regierungen gepflegt wurde. Die jeweils eigene Sprache wurde nun auf Kosten des Russischen stark gefördert, die Sprachen der jeweiligen Minderheiten hingegen vernachlässigt und öffentlich nicht anerkannt. Viele Angehörige von Minderheiten wanderten daraufhin in den 90er Jahren in die Länder aus, deren Titulnation sie angehörten (*kin-states*). Vor allem in den Grenzregionen blieben jedoch viele Menschen, so auch die Usbeken im kirgisischen Teil des Fergana-Tals. Das Fergana-Tal gilt allgemein als Unruheherd. Hier lebt eine größtenteils sehr arme Landbevölkerung, die auf Agrarwirtschaft angewiesen ist. Traditionell ist der Islam hier besonders stark; aus dem Fergana-Tal kommt auch die islamistische Gruppierung „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU), die in ihrer Radikalität Al-Qaida und den Taliban in nichts nachsteht und momentan im afghanischen und pakistanischen Exil agiert. Bei den armen Bevölkerungsschichten haben nicht nur Islamisten leichtes Spiel, auch nationalistische Ideen werden stärker angenommen.

Die Minderheiten in Kirgisistan wurden sowohl von Akajew als auch von Bakijew eher stiefmütterlich behandelt. Nach dem Sturz Bakijews bekannten sich daher viele Usbeken in der Hoffnung auf Verbesserungen in der Minderheitenpolitik zur neuen Übergangsregierung. Das erzürnte wiederum viele Kirgisen, insbesondere im Süden des Landes, wo Bakijew immer noch die meisten Anhänger hat, und verschärfte die Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen. Hinzu kam, dass das Nord-Süd-Gefälle in Kirgisistan seit Erlangung der Unabhängigkeit stark zugenommen hat. Im Süden ist die Armut am größten, dort hat die Bevölkerung das Vertrauen in die Politik und in die kirgisischen Politiker verloren. Die Bereitschaft, gewaltsame Proteste als legitimes Mittel der Meinungsäußerung und als politische Gestaltungsmöglichkeit anzusehen, wächst mit jedem Zwischenfall.

Auch wenn die Auseinandersetzungen weitgehend ethnischer Natur waren, steht die Übergangsregierung dennoch nicht allein da, wenn sie Bakijew und seinen Clan verdächtigt, die Unruhen angestiftet oder zumindest angeheizt zu

haben. Im Mai wurde ein Telefongespräch zwischen Maxim Bakijew, dem Sohn, und Schanisch Bakijew, dem Bruder des Ex-Präsidenten, mitgeschnitten, das kurz darauf im Internet auftauchte. In dem Gespräch sollen die beiden ein Szenario wie das, das sich tatsächlich ereignet hat, diskutiert haben. Offenbar wurden Möglichkeiten erwogen, das Land so zu destabilisieren, dass Bakijew an die Macht zurückkehren könnte.

Wahrscheinlich ist auch, dass Kirgisistans Unterwelt an den Unruhen beteiligt war. Nachdem Bakijews Familie, die mit ziemlicher Sicherheit in kriminelle Machenschaften verwickelt ist und sozusagen die offizielle Verbindung zwischen Politik und Kriminalität darstellte, durch den Umsturz nicht mehr ungehindert agieren konnte, entbrannten zwischen verschiedenen kriminellen Gruppen Machtkämpfe um deren Pfründe. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Drogenhandel. Eine der großen Schmuggelrouten für afghanische Drogen führt durch Tadschikistan und Kirgisistan nach Russland, von wo aus die Drogen nach Europa gelangen. Osch ist einer der Hauptumschlagplätze in Kirgisistan. Auch verschiedene islamistische Gruppierungen werden verdächtigt, die Unruhen ausgelöst zu haben. Zumindest könnten sie von der angespannten Lage im Land profitieren.

Am 13. Juni 2010 wurde Maxim Bakijew in Hampshire, England, bei der Einreise nach Großbritannien festgenommen. Er wurde bereits seit längerer Zeit international gesucht, in Kirgisistan lag ein Haftbefehl gegen ihn vor, unter anderem wegen Steuerbetrugs. In den letzten Monaten vor dem Umsturz war immer mehr Macht in seine Hände gelangt, es schien, als wollte Kurmanbek Bakijew seinen Sohn bereits als Nachfolger aufbauen. In der Bevölkerung war er sogar noch verhasster als sein Vater. Maxim Bakijew beantragte unmittelbar nach seiner Festnahme politisches Asyl in Großbritannien, das ihm einige Tage später vorübergehend gewährt wurde; sein Fall, hieß es, müsse genauer geprüft werden. Großbritannien hat kein Auslieferungsabkommen mit Kirgisistan, die kirgisische Regierung besteht jedoch nach wie vor auf seiner Auslieferung.

Das Verfassungsreferendum

Trotz der Unruhen hielt die Übergangsregierung stets am Termin für das schon seit Mai geplante Verfassungsreferendum fest. Internationale Beobachter und Diplomaten vor Ort begrüßten diese Haltung: Es sei das einzig Richtige, da nur eine legitimierte Regierung die Lage dauerhaft stabilisieren könne. Auch nach dem Ende der Unruhen blieb die Situation angespannt, es kam immer wieder zu kleineren Zwischenfällen. Sogar Vize-Premierminister Tekebajew warnte vor neuen Unruhen. Die OSZE entsandte aus Sicherheitsgründen keine zusätzlichen Kurzzeitwahlbeobachter. Die Aufgabe der Wahlbeobachtung wurde von einer eingeschränkten Beobachtungsmission übernommen, die aus bereits seit Mai vor Ort anwesenden Langzeitbeobachtern des

OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bestand. Doch es blieb ruhig in Kirgisistan, die Abstimmung konnte wie geplant durchgeführt werden. So standen am Sonntag, dem 27. Juni, die neue Verfassung, die Bestätigung Rosa Otunbajewas als Übergangspräsidentin bis zum 31. Dezember 2011 sowie die Transformation des Verfassungsgerichts in eine Verfassungskammer, die dem obersten Gericht angegliedert sein soll, zur Wahl. Wichtigster Punkt dabei war die Umwandlung des Landes in eine parlamentarische Republik. Es war nicht möglich, über jeden Punkt einzeln abzustimmen, die Bürger konnten nur alle drei Optionen ablehnen oder annehmen.

Die usbekische Regierung, die in den letzten Wochen mit viel Augenmaß gehandelt und alles dafür getan hatte, den Konflikt nicht eskalieren zu lassen, erreichte im Vorfeld des Referendums in Verhandlungen mit Bischkek die Zusage, dass die nach Usbekistan geflüchteten kirgisischen Staatsbürger usbekischer Abstammung sicher nach Kirgisistan zurückkehren konnten. Zur Verwunderung aller internationaler Organisationen, die sich auf ein langes Flüchtlingsdrama an der usbekisch-kirgisischen Grenze eingestellt hatten, kehrten daraufhin tatsächlich fast alle der 100.000 Flüchtlinge in ihre Heimatorte nach Kirgisistan zurück. So konnten noch mehr Wahlberechtigte am Referendum teilnehmen. Die Übergangsregierung hatte außerdem kurzfristig die Möglichkeit geschaffen, auch außerhalb der Wahllokale zu wählen, sodass viele Menschen ihre Stimme an mobilen Wahlurnen abgaben. Offenbar lief die Abstimmung ohne Zwischenfälle oder Ungereimtheiten ab. Laut dem offiziellen Endergebnis, das am 2. Juli von der Zentralen Wahlkommission bekannt gegeben wurde, lag die Wahlbeteiligung bei 72 Prozent. Knapp 91 Prozent der Wähler stimmten für die Verfassung.³

Die neue Verfassung brachte einige Veränderungen im politischen System Kirgisistans: Kirgisistan ist nun die erste und einzige parlamentarische Republik in Zentralasien. Die Anzahl der Sitze im Parlament wird von 90 auf 120 erhöht. Die Partei mit den meisten Stimmen erhält 65 Sitze, die restlichen 55 Sitze werden prozentual unter den Parteien verteilt, die trotz der Fünfprozenthürde ins Parlament eingezogen sind. Der Premierminister wird vom Parlament gewählt. Der Präsident kann nur noch eine sechsjährige Amtszeit absolvieren und zudem vom Parlament abberufen werden. Religion und Staat sollen getrennt bleiben, religiöse und ethnische Parteien werden nicht zu Wahlen zugelassen. Insgesamt liegt nach der neuen Verfassung die Macht wieder in den Händen des Parlaments und nicht mehr beim Präsidenten. Die Opposition erhält mehr Rechte, etwa bei der Wahl des Präsidenten, und die Verfassung enthält Mechanismen, die es einer einzelnen Partei erschweren sollen, zu viel Macht zu erlangen.

Rosa Otunbajewa bleibt bis zum 31. Dezember 2011 Übergangspräsidentin. Damit ist sie die erste Staatschefin in der Geschichte Zentralasiens und der

3 Vgl. 24.kg news agency, New Constitution adopted by 90.55 percent of voters in Kyrgyz Referendum, Bischkek, 2 Juli 2010, unter: <http://eng.24.kg/politic/2010/07/02/12453.html>.

GUS. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sollen im Herbst 2011 stattfinden, Otunbajewa kann laut der neuen Verfassung dann nicht noch einmal kandidieren. Mit diesem Argument wies die Übergangsregierung auch den unausgesprochenen Vorwurf zurück, sich mit Hilfe der langen Übergangsperiode dauerhaft die Macht sichern und so die „Tradition“ Akajews und Bakijews fortsetzen zu wollen. Nach den Unruhen Mitte Juni erscheinen auch die Vorwürfe, dass die Übergangszeit zu lang sei, in einem anderen Licht: Momentan scheint ein Übergangszustand nicht mehr ungerechtfertigt.

Russlands Präsident Dmitri Medwedjew äußerte sich skeptisch über Kirgistans neue Staatsform. Es sei natürlich eine innere Angelegenheit Kirgistans, aber er zweifle daran, dass das parlamentarische System in diesem Land funktionieren werde. Er kritisierte, dass Regierung und Behörden zu wenig Autorität besäßen und ein demokratisches System die Ausbreitung radikaler islamischer Kräfte begünstigen könne. Auch kirgisische und ausländische Beobachter äußerten sich besorgt. Prinzipiell wurde der Schritt in Richtung Demokratie zwar begrüßt, vielen Wählern sei jedoch offenbar nicht ganz klar gewesen, wofür sie ihre Stimme abgegeben haben. Viele wähten sich anscheinend in dem Glauben, für Frieden und Stabilität votiert zu haben, in der Erwartung, dass sich die Lage im Land jetzt schnell bessern werde. Wahrscheinlicher sei jedoch, dass es noch viele Angriffe auf das demokratische System geben werde und auch die Bevölkerung für die neue Ordnung kämpfen müsse. Die Erkenntnis, dass eine Demokratie für jeden Bürger Verantwortung und Mitarbeit bedeutet, habe sich noch nicht so weit durchgesetzt, wie es wünschenswert wäre.

Ex-Präsident Akajew äußerte sich aus seinem Moskauer Exil ebenfalls kritisch über die neue Regierung und die neue Staatsform. Kirgisistan brauche „einen starken Präsidenten, der effektive Entscheidungen trifft.“⁴ Ein Regierungssystem, wie es unter seiner Führung existiert habe, sei am besten für Kirgisistan geeignet. Kurmanbek Bakijew, im belarussischen Exil, vertrat eine noch deutlichere Meinung: „Für all das, was heute in der Republik vor sich geht, ist allein die provisorische Regierung verantwortlich. [...] Sie ist unfähig, das Land zu regieren.“⁵ Beide halten Demokratie für den falschen Weg, Kirgisistan zu regieren.

Nachdem klar war, dass die Bevölkerung die Verfassung angenommen hatte, beschwor Übergangspräsidentin Otunbajewa die Einigkeit des kirgisischen Volkes, das nun eine strahlende Zukunft vor sich habe. Wie sich die Lage entwickeln wird und ob das Land nun zur Ruhe kommt, wird sich zeigen. Die Ursachen für die Spannungen zwischen den Ethnien abzubauen, ist auch Aufgabe der Politik und in diesem Bereich erwarten sowohl Kirgisen als auch Usbeken einiges von ihrer neuen Regierung. Denn von einer Einigkeit

4 Spiegel Online, Interview mit Askar Akajew, 5. Juli 2010, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,704468,00.html>.

5 Spiegel Online, Interview mit Kurmanbek Bakijew, 27. Juni 2010, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,702903,00.html>.

der verschiedenen Ethnien kann keine Rede sein, erst recht nicht nach den blutigen Auseinandersetzungen, an denen sich Kirgisen und Usbeken gegenseitig die Schuld geben. Ein ernsthaftes Verzeihen wird wohl noch geraumer Zeit bedürfen. Unter der Oberfläche brodeln die Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen weiter.

So gab es z.B. im Sommer und Herbst 2010 zahlreiche Beschwerden ethnischer Usbeken über die kirgisischen Behörden. Auch ein Bericht der internationalen Organisation *Human Rights Watch* berichtete von zahlreichen Zwischenfällen, bei denen kirgisische Beamte und Sicherheitskräfte ethnische Usbeken schikaniert und benachteiligt hatten.⁶

Entgegen den Befürchtungen vieler verlief der Wahlkampf für die Parlamentswahlen vom 10. Oktober 2010 weitgehend friedlich. Insgesamt 28 Parteien warben um die Gunst der Wähler. Auch der Wahltag selbst verlief ohne Zwischenfälle. Zwar gab es Beschwerden, einige Parteien hätten Stimmzettel gefälscht oder sich unerlaubterweise staatliche Ressourcen für den Wahlkampf zunutze gemacht, der Leiter der OSZE-Wahlbeobachtungsmission lobte jedoch den Ablauf der Wahlen insgesamt: Dies sei die erste Wahl in Zentralasien gewesen, bei der er das Ergebnis nicht hätte vorhersagen können.⁷

Am 1. November gab die Zentrale Wahlkommission schließlich das amtliche Endergebnis bekannt: Fünf Parteien war es gelungen, die landesweite Fünfprozenthürde und die regionale 0,5-Prozent-Hürde zu überwinden. Die Partei Ata-Schurt („Vaterland“) erhielt 8,7 Prozent oder 257.100 der abgegebenen Stimmen, die Sozialdemokratische Partei Kirgistans (SDPK) 7,8 Prozent (236.634), Ar-Namys („Würde“) 7,57 Prozent (226.916), Respublika 6,93 Prozent (210.594) und auf Ata-Meken („Heimat“) entfielen 5,49 Prozent der Stimmen (166.714). Die Sitzverteilung im Parlament wird wie folgt aussehen: Ata-Schurt erhält 28 Sitze, die SDPK 26, Ar-Namys 25, Respublika 23 und Ata-Meken 18. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,09 Prozent. Bis Dezember 2010 war es den Parteien noch nicht gelungen, eine regierungsfähige Koalition zu bilden. Momentan sieht es jedoch so aus, als würde sich die SDPK mit Ata-Meken und Respublika verbünden. Ob eine solche – eher linke – Koalition zustande kommt und ob sie Bestand haben wird, muss sich erst zeigen. Die größte Gefahr für die neue demokratische Ordnung stellt momentan der nahende Winter dar. Sollte es der Regierung nicht gelingen, die Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln und Energie zu versorgen, könnte es erneut zu Ausschreitungen kommen.

6 Vgl. Human Rights Watch, Kirgizstan: „Where Is the Justice?“ Interethnic Violence in Southern Kirgizstan and its Aftermath, New York 2010, unter: <http://www.hrw.org/en/reports/2010/08/16/where-justice-0>.

7 Vgl. 24.kg news agency, Morten Høglund: The Kyrgyz elections are the first in Central Asia, where I could not predict the result, 11. Oktober 2010, unter: <http://eng.24.kg/politic/2010/10/11/14135.html>.